

## 10 Radikalisierung und Polarisierung im Rechtsschutzverein

### 10.1 Das Vereinsorgan „Schlägel und Eisen“

Der RSV hatte die Frage eines Vereinsblattes bei seiner Gründung zunächst offengelassen. Doch der sich im Zusammenhang mit der „Tivoli“-Versammlung verschärfende Konflikt mit der Kartellpresse, insbesondere der „Saarbrücker Zeitung“, aktualisierte dieses Problem. Gleichzeitig wurde der RSV mit seiner ständig expandierenden Mitgliederzahl verlegerisch interessant; bei einer entsprechenden Vorstandsempfehlung konnte man auf einen Schlag einen Einbruch in die Presselandschaft an der Saar erzielen.

Als erster meldete sich Carl Schneidt: Er hatte sich Ende 1881 von der „Freiheit“ getrennt, von der Agitation zurückgezogen und seitdem hauptsächlich für unpolitische Gerichtszeitungen gearbeitet. Im November 1883 war er in Potsdam verhaftet worden, ein Hochverratsverfahren gegen ihn mußte jedoch im April 1884 wegen Mangels an Beweisen eingestellt werden<sup>1</sup>. Als Korrespondent der Berliner „Volks-Zeitung“ hatte Schneidt bereits über den Ruhrbergarbeiterstreik berichtet<sup>2</sup>, jetzt sah er die Chance, in seiner Heimat journalistisch Fuß zu fassen. In Abwesenheit Warkens verhandelte er Mitte August 1889 mit Bachmann über „Inhalt, Tendenz und Verbreitung“ einer Bergarbeiterzeitung und erreichte von diesem gegen das Versprechen einer Provision die Zusage, das Blatt zu kolportieren<sup>3</sup>. Auch in einem Schreiben an Warken warb Schneidt für seine von dem Verleger Schob finanzierte Zeitung und wies insbesondere auf den Erscheinungsort Berlin hin: „Auf diese Weise werden Euere Beschwerden hier beachtet, indem alle großen Berliner Blätter sie abdrucken. Das wird schon Eindruck machen nach oben wie nach unten“<sup>4</sup>.

Am 1. September 1889 erschien die erste Nummer dieser „Deutschen Allgemeinen Bergarbeiter-Zeitung“. Allein 30000 Exemplare wurden im Saarrevier verteilt<sup>5</sup>. In seinem Editorial strich Schneidt die politische und religiöse Neutralität seines Wochenblattes heraus: Die Bergleute seien „fest davon überzeugt, daß keine der politischen Parteien allein im Stande ist, ihnen zu helfen; sie selbst müssen vielmehr in treuem Zusammenhalten dahin wirken, daß die Gesamtheit aller Staatsbürger auf ihre schlimme Lage aufmerksam gemacht wird und daß dann der Staat, dessen Pflicht es ist, für alle seine Angehörigen in gleich fürsorglicher Weise einzutreten, sich ihrer annimmt und ihnen Hülfe bringt, soweit dieses in seiner Macht liegt“. Gleichzeitig wies Schneidt die parteipolitische Instrumentalisierung der elementaren Arbeiterbewegung zurück: „Die Bergarbeiterbewegung muß aus sich selbst heraus die leitenden Grundsätze gebären, nach welchen sie sich weiter entfalten wird; jeder Versuch willkürlicher äußerer Ein-

1 BM Forster/Friedrichsthal an SA Hepner/SB vom 27. 10. 1889, KrASB S/4a. SZ vom 9. 10. 1889 (Nr. 236). Richtigestellung Schneidts in SZ vom 15. 10. 1889 (Nr. 241).

2 SPD-Parteitagprotokoll 1890, S. 214 f.

3 KD Kiefer/SB an die Kreisbürgermeister vom 21. 8., 1889, SAFR, Best. RSV, 100. Dto. vom 22. 8. 1889, ebd., 99. BM Forster/Friedrichsthal an LR vom 24. 8. 1889, ebd., 102.

4 Schneidt/Berlin an Warken vom 29. 8. 1889, ebd., 107. Abschrift LHAK 442/4138. Vgl. Imbusch, S. 388.

5 BM Forster/Friedrichsthal an LR vom 5. 9. 1889, SAFR, Best. RSV, 110 f. KD Kiefer/SB an RP vom 12. 9. 1889, LHAK 442/4138.